

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 10

Köln, den 10. März 1933

34. Jahrg.

Staatsaufsicht für die Gewerkschaften?

Es ist zur Mode geworden, das Schlagwort vom „Marxismus“. Oft wird hierunter rubriziert, was diejenigen, die dies Wort immer im Munde führen, geistig nicht verdauen können oder ihrer Kraftmeierei Hemmungen irgendwelcher Art bereitet. Das ist die Ursache dafür, daß die Gewerkschaften ohne Unterschied dem Marxismus zugerechnet werden von Kreisen, deren Lebensideal in bürgerlicher Verspießerung besteht, die sich auch nie der Mühe unterzogen, unterscheiden zu lernen zwischen Gewerkschaften und ihren Richtungen.

An dieser Stelle ist kein Wort zu verlieren über Wesen und Charakter der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung. Weil die christliche Arbeiterschaft die marxistische Lehre als falsch erkannte, schloß sie sich in eignen Berufsverbänden zusammen, und nicht von ungefähr wählte sie als Firmenschild den Titel „Christlich-National“. Sie setzte sich damit in bewußten Gegensatz zu den älteren Gewerkschaftsrichtungen und hat für ihr Programm und ihre Grundsätze erbitterte und opferreiche Kämpfe führen müssen bis zum heutigen Tag. Unserer Bewegung war der Kampf gegen den Marxismus bitterer Ernst, lange bevor das Schlagwort Mode wurde. Darum sind wir es der Geschichte unserer Bewegung und uns selber schuldig, wenn wir uns gegen Bestrebungen mit aller Schärfe wenden, die uns mit Absicht oder aus Unverständnis in denselben Topf mit jenen werfen möchten, die tatsächlich der marxistischen Lehre zugeschworen. Und mit derselben Schärfe wenden wir uns auch gegen Absichten, die unter dem Deckmantel des Schlagwortes gegen alles gesunde Streben der Arbeiterschaft den Kampf ausgenommen haben, weil sich dahinter in sehr vielen Fällen Kleinlichte, nur auf den eignen Vorteil bedachte Krämerhaftigkeit verbirgt. Auch wenn sie unter dem Stichwort „National“ segelt.

Die jüngste Entwicklung ist geeignet, nach verschiedenen Seiten hin große Bedenken auszulösen. Wiederholt war zu beobachten, wie in einzelnen, der Regierung nahestehenden Blättern Forderungen erhoben wurden, die dann überraschend schnell Gesetz geworden sind. Es ist daher wohl nicht überflüssig, den Meldungen derartiger Zeitungen über die Arbeiterschaft und ihre Organisationen und auch diesbezüglichen Redewendungen bei gewissen Kundgebungen größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, als das in normalen Zeiten notwendig wäre. Auf den letzteren Fall etwas näher einzugehen, halten wir für dringend erforderlich und unsere Pflicht.

Die „Stahlhelmselbsthilfe“, die als Konkurrenz und Gewerkschaftsersatz seit Jahren ein kümmerliches Leben fristet, trat am 27. Februar in Berlin mit einer großen Kundgebung an. „Der Deutsche“ berichtet, daß allerdings von Arbeitern dort nicht viel zu merken gewesen sei, obschon allen Besuchern in Stahlhelmuniform freier Eintritt gestattet war.

Der Höhepunkt der Kundgebung war die von rasendem Beifall aufgenommene Mitteilung, daß der „Stahlhelm“ bzw. seine „Selbsthilfe“ den Antrag gestellt habe, die Gewerkschaften unter Staatsaufsicht zu stellen, die „ihnen nahelegt, ein Beitrags- und Leistungswesen einzuführen, wie es ihnen die Stahlhelm-Selbsthilfe seit vier Jahren voregerzählt“.

Es ist die Frage sehr berechtigt, wie und warum ausgerechnet der Stahlhelm zu dieser Forderung kommt, die eine Ungeheuerlichkeit darstellt und ein Ausnahmerecht gegen den größten und längst nicht schlechtesten Teil der Bevölkerung bedeutet. Zu verstehen ist der ganze Vorgang nur, wenn die Zusammensetzung des Stahlhelms in Betracht gezogen wird. Er rekrutiert sich in der Hauptsache aus dem sogenannten gewerblichen Mittelstand: handwerkliche, industri-

elle und landwirtschaftliche, kleine und mittlere Unternehmer vertreten die maßgebliche, aber sehr sonderbare sozialpolitische Auffassung. An kleineren Orten ist für die zu diesem Kreis gehörigen Personen der Stahlhelm eine Art Herrenklub. Die sozialpolitischen Auffassungen in diesem Milieu sind alles andere, nur nicht arbeitersfreundlich. Darin unterscheidet man sich von anderen Unternehmergruppen keineswegs. Originell ist höchstens die besondere Art der Begründung von Unternehmeranschauungen.

Ursachen der Gewerkschaftsfeindschaft sind vor allem Tarifvertragswesen und Sozialversicherung. Der kollektiven Regelung des Arbeitsverhältnisses, besonders dem Grundsatz der Unabdingbarkeit des Tarifvertrages hat man bittere Feindschaft geschworen. Durch diese Einrichtungen fühlt man sich in der Unternehmerinitiative beschränkt. Ins Deutsche übertragen heißt das: Jede Beschränkung der Unternehmerwillkür ist eine Todsünde gegen private Profitinteressen. Die primitive Abneigung dieser Schichten gegenüber dem Tarifvertrag fußt also auf sehr materiellen (bei anderen jagen die Herrschaften: materialistischen) Erwägungen. Ihr Ideal ist die patriarchalische Ordnung der Beziehungen des Arbeiters zum Unternehmer, so etwa halbmittelalterlich, jedoch ohne die soziale Belastung der damit verknüpften Fürsorgepflicht des Unternehmers, die damals doch stark ausgebildet war.

Materielle Erwägungen sind auch die Ursache für die feindselige Haltung gegenüber der Sozialversicherung. Man bildet sich ein, bei einem Fortfall der Beiträge billiger wegzukommen. Vergessen wird dabei ganz, daß nicht das „schöne Geld“, das an die einzelnen Versicherungszweige gezahlt werden muß, die „soziale Belastung“ ist, sondern allein doch Krankheit, Arbeitslosigkeit und Invaldität. Aber das begreifen zu lernen wird sich der Durchschnittsstahlhelmer wohl nie aufschwingen können. Trotzdem wird diese Einsicht das Feld behaupten und zu Schlußfolgerungen, auch gesetzlicher Art, zwingen, gleichgültig ob das nun „soziale Belastung“ oder mit einem anderen Namen benannt wird.

Die Annahme, daß die deutsche Arbeiterschaft sich mit noch so schönen Reden von Kameradschaft und Treue von der Wahrnehmung lebenswichtiger Interessen abhalten ließe und den sozialpolitischen Kampf vernachlässigen würde, wird trügerisch sein. Der Stahlhelm ist ein Wehrverband, der sich, wie die Berliner Kundgebung beweist, in Dinge mischt, die nicht seine Aufgabe sind. Er wird sich also Kritik gefallen und sich jagen lassen müssen, daß die Gewerkschaften freie Vereinigungen sind von freien Arbeitern, die über die Gestaltung ihrer Organisationen und Verwendung ihrer Beiträge selbständig, ohne Bevormundung befinden und es sich verbitten, daß Unberufene sich in ihre ureigensten Angelegenheiten mischen. Und als Unberufener hat hier der Stahlhelm zu gelten, auch wenn er seit kurzer Zeit über gute Beziehungen verfügt.

Es ist vielleicht einem Teil der führenden Leute zu Kopf gestiegen, daß der Bundesführer Seldte seit einigen Wochen Reichsarbeitsminister ist. Herr Seldte hat an der erwähnten Kundgebung teilgenommen, und man will beobachtet haben, daß er bei der Forderung: „Stellung der Gewerkschaften unter Staatsaufsicht“ lebhaft gelächelt habe. Das ist als Zustimmung gedeutet worden. Wir lehnen diese Deutung vorläufig ab, nehmen dafür aber an, daß der Bundesführer des Stahlhelms über den allzu großen Eifer seiner Gefolgschaft sich als Reichsarbeitsminister des Lächelns nicht erwehren konnte. Oder sollten wir uns täuschen und die anderen recht behalten? Das müßten wir sehr bedauern, weil eine solche Maßnahme denkbar ungeeignet wäre, Vertrauen zu erwerben und

zu begründen, auf das jede wie immer auch zusammengesetzte Regierung nicht verzichten kann.

Weder Staatsaufsicht noch Verbote sind geeignet, ein tragbares Verhältnis zwischen Staat und Arbeiterschaft zu gestalten. Das kann allein nur eine Staatspolitik, die die Grundrechte der Arbeiterschaft unangetastet und sich ausschließlich von wahrer, sozialer Gerechtigkeit leiten läßt.

Eine Zoll-Wunschliste.

Der Schrei nach Zollerhöhungen will und will nicht verstummen. Zwar soll die geplante Weltwirtschaftskonkurrenz dem freien Warenaustausch die Wege ebnen und die Erkenntnis, daß die gegenseitige Abschirmung der Wirtschaftsländer eine Ursache der Wirtschaftsmisere ist, wird von einsichtigen Leuten längst vertreten. Aber die Vertreter der deutschen Landwirtschaft fordern kategorisch und teilweise in einer sehr anmaßenden Sprache weiteren Zollschutz, trotzdem die bisher schon durchgeführten Zollerhöhungen die handelspolitische Lage Deutschlands sehr ungünstig gestaltet haben und eine empfindliche Verteuerung der Lebenshaltung für breite Volksschichten bereits eingetreten ist.

Wie sich letztere gestalten wird, wenn die Zollwünsche der Landwirtschaft alle in Erfüllung gehen, mag sich jeder selbst an Hand der folgenden Wunschliste ausrechnen:

Nachdem durch den Ablauf von Handelsverträgen neue Schutzmöglichkeiten gewonnen sind, wird verlangt: 1. Neuregelung der Fettwirtschaft, insbesondere Einführung eines angemessenen Transzoll, Heranziehung der Margarine-Industrie, sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Ländern zur Abdooffelung des Buttereinfuhrkontingents. 2. Kontingentierung der Kaffeeinfuhr auf 30 Prozent der Durchschnittseinfuhr der beiden letzten Jahre. 3. Festsetzung eines autonomen Käsezoll von mindestens 75 RM je Doppelzentner. 4. Beseitigung der im deutsch-dänischen Abkommen enthaltenen Zollbindung für Hartkäse. 5. Einführung eines Verwendungszwanges für inländische Rohstoffe bei der Herstellung von Schmelzkäse. 6. Festsetzung eines autonomen Zolls für Schweinefleisch in Anpassung an den Schmalz Zoll. 7. Beseitigung des zollbegünstigten Rindereinfuhrkontingents im deutsch-rumänischen Handelsvertrag. 8. Festsetzung eines autonomen Eierzolls in Höhe von mindestens 70 RM je Doppelzentner. 9. Festsetzung eines autonomen Zolls für Weiß-, Rot- und Wirsingkohl von mindestens 10 RM je Doppelzentner, für Kopfsalat von mindestens 20 RM je Doppelzentner. 10. Einfuhrkontingentierung für die übrigen wichtigen noch zollgebundenen Erzeugnisse des Obst- und Gemüsebaues. 11. Kontingentierung der Frühkartoffeleinfuhr spätestens ab 1. Juni auf 30 Prozent der vorjährigen Einfuhr. 12. Förderung der Kartoffelverwertung durch erhöhte Spiritusbeimischung. 13. Beseitigung der Zollbindungen für Kaltblutpferde. 14. Festsetzung eines autonomen Schnittholz zolls von mindestens 3,50 RM je Doppelzentner und eines autonomen Zolls für stärkeres Rundholz von mindestens 0,50 RM je Doppelzentner. 15. Ermäßigung der Frachten für Holz aller Art.

Das hat der Vorstand der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine in einer Entschlieung als Forderung erhoben. Wenn sich die Leute nur nicht verrechnen. Schließlich hängt das Wohlergehen der Bauern nicht nur von Zöllen ab, und die Rentabilität der Landwirtschaft ist mit dem Problem der Massenkaufkraft eng verbunden. Erst wenn das Lohn Einkommen der Arbeiter diesen eine ausreichende Lebenshaltung gestattet, wird die Agrarnot behoben werden können. Es dauert aber sehr lange, bis gewissen Leuten die Einsicht kommt.

Wirtschaftsförderung oder Bürokratismus?

Wie oft schon wurde gegen die schleppende Behandlung von genehmigungspflichtigen Bauvorhaben durch die Behörden bittere Klage geführt! Die Verzögerung der Genehmigung in solchen Fällen hat nicht selten zu vermeidbarer Arbeitslosigkeit geführt und in vielen Fällen kaum berechenbare Nachteile hervorgerufen. Vor wenigen Tagen noch kam uns der Notschrei eines Gepeinigten zu Gesicht. Zeit und Geld hat er opfern müssen, weil 14 Behördenstellen sich mit den Haupt- und Teildaten eines Bauentwurfs, teilweise wiederholt

befassen zu müssen das Bedürfnis hatten! Vereinfachung des Geschäftsganges ist die verständliche und notwendige Forderung.

Eine sorgfältige Prüfung von Bauentwürfen kann im allgemeinen Interesse nicht entbehrt werden. Das ist um so mehr in der Ordnung, wenn öffentliche Mittel bei Bauten verwendet werden, wie das besonders bei der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms und auch sonst der Fall ist. Es muß unbedingt verhütet werden, daß diese öffentlichen Mittel unzweckmäßig verbaut werden oder daß gar unlautere Elemente sich an ihnen bereichern.

Diese Prüfung könnte und müßte jedoch in jedem Bezirk an einer oder höchstens an zweien zusammengefaßt werden, falls eine Trennung der technischen und der finanziellen Prüfung erforderlich sein sollte. Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, hat kürzlich angekündigt, daß der Instanzenzug für die Vorprüfung der Anträge auf Zuweisung von Krediten zur Arbeitsbeschaffung vereinfacht werden soll, und eine Zusammenarbeit der Landesbehörden mit den Landesbauämtern in möglichst unbürokratischer Form in Aussicht gestellt. Alles dies ist durchaus zu begrüßen, es genügt aber noch nicht, denn von der Zuweisung eines Kredits bis zum Beginn der Arbeit ist noch ein langer Weg, wenn es bei der bisherigen Ordnung für die Baugenehmigung bleibt.

Die ganze Wirtschaft wartet jezt darauf, daß die Arbeiten, für die das Reich Kredite hergibt, in Angriff genommen werden, und der Nutzen der ganzen Aktion wird ernstlich in Frage gestellt, wenn der alte Bürokratismus bei der Baugenehmigung die Ausführung der Arbeiten um Monate verzögert. Auch wir als Holzarbeiter haben ein großes Interesse an einer Vereinfachung des Geschäftsganges bei den Behörden, weil wir meist im besondern Maße die durch den schleppenden Amtsverkehr verursachten Schäden ausbaden müssen. Übereilung der Arbeit mit all ihren Fehlerquellen, Überarbeit trotz der herrschenden Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Unfallgefahren und vieles andere ließe sich vermeiden durch eine längst fällige Reform der fraglichen Behördenstellen. Daß sie bald erfolge, ist bei uns Wunsch und Forderung.

Autoritäre Unternehmerpraktiken.

Im östlichen Westfalen ist es keine Seltenheit, als Holzarbeiter einer ganz besonders „autoritären“ Fabrikantenschaft gegenüberzutreten. Tradition als Fabrikanten besitzen die wenigsten, denn eine große Zahl der Gemeinden sind erst seit einigen Jahren „Fabrikant“. Es soll noch gar nicht lange her sein, daß der eine Hackenstiele und Särge, der andere Wagenräder und Deichseln, ein dritter und vierter diesen oder jenen Kleinkram herstellte. Sie haben es verstanden, trotz aller in die Welt hinausgeschriener Nöte, ansehnliche Betriebe zu errichten und auszubauen, sich Villen und Autos zuzulegen und mit viel Brutalität und Einbildung, aber äußerst mangelhafter sozialer Haltung den „Herrn“ zu spielen. Wen wundert es, daß besonders diesen Neureichen jede gewerkschaftliche Betätigung ihrer Arbeiter verhaßt ist und sie alles daransetzen, absolute und uneingeschränkte Herrscher im Betriebe zu bleiben.

Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sei es durch gewerkschaftlichen Tarifabschluß oder durch Mitwirkung der Betriebsräte bei der Festsetzung von Akkordlösen und anderem, würde den Fabrikanten ja auch Geld kosten, und dies behalten sie lieber für sich und ihre eigenen Wünsche.

In Hövelhof, Kreis Paderborn, existiert so ein Schlafzimmerfabrikant. Der hat es auch verstanden, seinen Betrieb so auszubauen, daß er jezt ungefähr 60 Arbeiter beschäftigen kann. Geld scheint er in den wenigen Jahren auch verdient zu haben, denn er ist Besitzer einer neu erbauten und kürzlich bezogenen hochmodernen Villa, von der in Hövelhof gesagt wird, daß man nur wenige ihresgleichen in Deutschland finden dürfte. Es ist aber nicht zu beweisen, daß dieser Prachtbau auf Grund erbärmlich niedriger Arbeiterlöhne oder sonstiger „Glücksfälle“ entstanden ist.

Die Löhne sind derart niedrig, daß nur einheimische und aus der näheren Umgebung stammende Arbeiter, die bei ihren Angehörigen wohnen und kein Kostgeld zu zahlen brauchen, dafür arbeiten können. Wer von dem verdienten Lohn Kostgeld zahlen müßte und dabei nicht verclumpen wollte, müßte ein wahrer Heizenmeister sein. Bis Ende des Jahres 1932 betrug der Stundenlohn in der Spitze 38 Pfg. Eine tarifliche oder betrieblich vereinbarte Lohnregelung besteht nicht, will der Herr Fabrikant auch nicht kennenlernen. Als Lohn wird gezahlt pro Lebensjahr 1 Pfg. (einen Reichs-

pfennig) Stundenlohn; also bei einem Alter von 20 Jahren 20 Pfg., bei 35 Jahren 35 Pfg. pro Stunde. Doch auch dies ist schon nicht mehr tragbar, denn vor Weihnachten sollten nochmals Abzüge vom Lohn erfolgen.

Die seit Jahren unorganisierte und so geduldige Belegschaft glaubte diesmal nun doch wenig genug zu verdienen und — streikte —, wenn auch nur für wenige Stunden, und dies sogar ohne Gewerkschaft. Erst nachdem der Arbeitgeber das Versprechen abgegeben hatte, den alten Lohn weiter zu zahlen, ging der Streik zu Ende. Die Rache aber erteilte die „Rädelsführer“ und „Auführer“, denn nach wenigen Tagen wurden sie wegen „Arbeitsmangel“ entlassen. Der Betrieb wurde zudem auch für einige Wochen geschlossen. Dann aber „durften“ die meisten Leute wiederkommen und ein ihnen vorgelegtes Schreiben unterschreiben. Dies Zeitdokument verdient der Nachwelt überliefert zu werden, denn es ist zu interessant.

Es heißt da: „Der Wiedereingestellte gehört keinem Verband an, er verpflichtet sich, nicht mehr zu streiken und überläßt die Lohnsetzung der Firma H., die in besseren Zeiten auch wieder mehr Lohn zahlen will.“ Der Vollständigkeit halber sollte dem Revers noch folgendes hinzugefügt werden: „Falls zur Lohnzahlung einmal gar kein Geld mehr da sein sollte, hat jeder Arbeiter den Lohn von Hause mitzubringen.“ Dieser Satz scheint nur aus Vergeßlichkeit unterblieben zu sein. Vor einigen Jahren durfte die Belegschaft auch schon mal was unterschreiben. Damals wurde unterschrieben, daß die Belegschaft keinen Betriebsrat wolle. Bis heute ist auch keiner zustande gekommen. Wer also meint, die Arbeiter würden von der Firma nicht gebührend geachtet, der irrt sich oder ist bösen Willens.

Eine besondere Note erhält die ganze Sache dadurch noch, daß der Betriebsinhaber für eine gewisse „Arbeiter“partei schwärmt, deren Versammlungen besucht und im Betriebe die Verteilung von Zeitungen dieser „Arbeiter“richtung gestattet und auch sonst freundschaftliche Beziehungen nach dieser Richtung hin unterhält. Es malt sich halt ein gewisser „Sozialismus“ in gewissen Köpfen äußerst sonderbar. Mit der Hartnäckigkeit von Psychopathen erwarten sie von ihrem „Sozialismus“ die Restauration des berücktigten Herr-im-Hause-Standpunktes.

Voll Erbitterung über Entlohnung und Methoden ballt die Belegschaft die Fäuste in der Tasche und sucht nach einem Ausweg. Der Ausweg ist schnell gefunden. Es hilft kein Fäusteballen und Rationieren, sondern nur der Mut und die Opferwilligkeit zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß. Dieser fehlt schon seit Jahren. Die Folgen dieser Unterlassungssünde hat die Arbeiterschaft mit den geschilderten Zuständen teuer bezahlt. Die Firma aber wird der lachende Dritte bleiben, wenn nicht endlich mutig und geschlossen der Weg zum Zentralverband christlicher Holzarbeiter hin führt.

Rundschau.

Arbeitszeitkürzung.

Bei den Auseinandersetzungen über die Arbeitszeitkürzung, so schreibt uns ein Kollege, spielt unter anderem auch die Frage des Lohnausgleichs eine wichtige Rolle. Arbeitgeberseits wird behauptet, ein Lohnausgleich sei untragbar. Ist das richtig? Nein es ist falsch. Es wäre nur dann richtig, wenn in der Wirtschaft weiter so verschwenderisch und gewissenlos gehaust würde, wie es in unserem Zeitalter geschieht. Das aber läßt sich bei gutem Willen sehr wohl ändern. Ganz mit Recht ist in der Entschließung der Internationalen Holzarbeitervereinigung gesagt, daß die Einführung der Dierzigstundenwoche zu Wohlstand führt, wenn gleichzeitig die Wirtschaftsertragnisse gerechter verteilt und besser verwendet werden. Letzteres ist der springende Punkt, auf den es ankommt. Es muß eben Schluß gemacht werden mit der unverantwortlichen Verteilung und Verschwendung der Wirtschaftsertragnisse, dann kann man den Arbeitern nicht nur auskömmliche Löhne zahlen, sondern mit Hilfe der technischen Fortschritte auch die wöchentliche Arbeitszeit sehr gut auf 40 Stunden festsetzen.

Mit dem, was man in unserer Zeit aus den Wirtschaftsertragnissen der Arbeiterschaft in der unmoralischsten Weise vorwegnimmt, was ihr nachdem zuviel von den kargen Löhnen wieder abgenommen sowie mit dem was für übermäßige Kriegsrüstungen in der Welt und für viele andere unnütze Dinge und Einrichtungen verschwendet wird, könnte nicht nur die Dierzigstundenwoche finanziert, sondern auch die Kaufkraft in einer Weise gehoben werden, daß das heutige Millionenheer der Arbeitslosen verschwände und die Waren

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 5. März bis 11. März ist der 9. Wochenbeitrag fällig.

wieder genügend Abnehmer fänden. Die Frage der besseren Verteilung und Verwendung der Wirtschaftsertragnisse wurde daher mit Recht in der genannten Entschließung mit der Arbeitszeitfrage eng verbunden.

Brutaler Egoismus oder Mangel an Einsicht? Die Ausführungen, die Ministerialdirektor Dr. Söhler als deutscher Regierungsvertreter auf der Genfer Arbeitszeitkonferenz zugunsten der Einführung der 40-Stunden-Woche gemacht hat, haben nicht die Zustimmung der deutschen Arbeitgeberorganisationen gefunden. Das ist angesichts der Haltung, die die deutschen Unternehmer seit Jahren zu dem brennenden Problem: „Milderung der Arbeitslosigkeit durch gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeit“ einnehmen, nicht verwunderlich. Wundern muß man sich jedoch über die Auffassung, der auf derselben Tagung Dr. Pfeffer als deutscher Arbeitgebervertreter Ausdruck gab. Nach den Berichten hat er darauf hingewiesen, daß die Verwirklichung der Vorschläge des Arbeitsamtes (also die Einführung der 40-Stunden-Woche! Die Schriftleitung) für den Arbeitgeber in der Praxis bedeute, gute Arbeitskräfte in ihrer Leistung zu reduzieren und aus der Gewohnheit gekommene junge und unerfahrene Arbeiter neu einzustellen. Die dadurch entstandene Mehrbelastung könne prozentual überhaupt nicht berechnet werden.

Auf gut deutsch heißt das: „Wir haben bei dem notwendig gewordenen Abbau von Arbeitskräften die Tüchtigsten und Fleißigsten behalten. Mit denen wollen wir 48 Stunden — und möglichst noch mehr — wöchentlich arbeiten. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, die die Wiedereinstellung eines Teiles der Entlassenen ermöglichen würde, lehnen wir ab. Wer infolge Entlassung aus der Gewohnheit gekommen ist, hat so lange draußen zu bleiben, bis wir so viel Arbeit haben, daß trotz längster Arbeitszeit mit der gegenwärtigen Belegschaft nicht mehr auszukommen ist. Was inzwischen aus den 6 Millionen Arbeitslosen wird, ist nicht unsere Sache, für sie hat der Staat zu sorgen.“

Eine so engstirnig-egoistische, so rücksichtslose und brutale Auffassung ist uns noch nicht vorgekommen. Für die Beurteilung der deutschen Arbeitgeberverbände und ihrer Haltung gegenüber dem größten völkischen Notstand ist es notwendig zu wissen, ob sie diese Auffassung des Herrn Dr. Pfeffer billigen. Glauben die Arbeitgeberverbände wirklich, bei einer solchen Arbeitslosigkeit, die unermesslichen materiellen und seelischen Schäden anrichtet, die Hände in den Schoß legen und abwarten zu dürfen, bis die Krise vielleicht von selber einmal ihr Ende findet? Wir vermögen zunächst noch nicht zu glauben, daß die Verantwortungslosigkeit solche Riesendimensionen angenommen haben kann!

Die Schrumpfung des deutschen Außenhandels. Der Ausfuhrüberschuß betrug im Januar nur noch 23 Millionen Reichsmark. Im Dezember betrug er noch 68 Millionen Reichsmark. Im Januar vorigen Jahres machte er noch mehr als 100 Millionen Reichsmark aus. Im Dezember des vorhergehenden Jahres waren es fast 250 Millionen Reichsmark. Aber der Überschuß der Ausfuhr zeigt ja nicht die Schrumpfung des Gesamthandels. Die Gesamtausfuhr betrug im Januar nur noch 390 Millionen Reichsmark. Das sind 100 Millionen Reichsmark weniger als im Dezember, 150 Millionen Reichsmark weniger als im Januar vorigen Jahres. Die Einfuhr ist nur um 55 Millionen Reichsmark zurückgegangen und betrug 268 Millionen Reichsmark. Um ein Bild zu bekommen, was das bedeutet, muß man sich den Monatsdurchschnitt der vorhergehenden Jahre ansehen. 1930 betrug er bei der Ausfuhr 1003, bei der Einfuhr 866 Millionen Reichsmark, 1931 bei der Ausfuhr 800, bei der Einfuhr 560 Millionen Reichsmark. Da sieht man, wie grauam Weltkrise und Handelsstranken in aller Welt uns das Geschäft zerstört haben.

Berichte aus den Zahlstellen.

Cleve. Nicht sehr oft ist von uns der Raum unseres Verbandsorgans in Anspruch genommen worden, doch bedeutet das nicht, daß wir uns von der Wirtschaftskrise mutlos machen ließen. Beweis dafür war unsere Generalversammlung, die gut besucht war. Der

1. Vorsitzende, Kollege Wilhelm Poorten, erstattete den Geschäftsbericht, aus dem hervorging, daß das Schreinergerwerbe am Orte vollständig darniederliegt und auch das Sägewerke stark von der Krise betroffen ist. Einigermaßen beschäftigt ist noch der zum Margarine-Konzern gehörige Küferei- und Kistenbetrieb. Hier ist in den letzten Jahren stark rationalisiert worden. Arbeitsweise und Arbeitstempo lassen sich kaum noch überbieten, soll nicht die Gesundheit der Arbeiterschaft in starkem Maße darunter leiden. Die Mahnung zur Einigkeit ist hier ganz besonders angebracht.

Trotz der Krise hat das gewerkschaftliche Leben nicht stillgestanden. Das bewies die Zahl der abgehaltenen Versammlungen und Vorstands- und Vertrauensmänner-Sitzungen, ebenso auch die Mitarbeit im Kartell. Mitglieder unserer Zahlstelle sind als Stadtverordnete, als Arbeitsrichter und auch in anderen sozialen Einrichtungen tätig, um die Interessen unserer Kollegen zu vertreten.

Der Kassierer, Kollege Franz Jansen, erstattete den Kassenbericht. Aus demselben waren die Auswirkungen der Krise so recht ersichtlich, denn die Einnahmen sind gegenüber den Vorjahren erheblich gesunken. Es ist dies begreiflich, denn es liegen Fälle vor, daß verheiratete Kollegen, die bei ihren alten Eltern wohnen, keinerlei Unterstützung beziehen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Kollege Werder, Düsseldorf, dankte dem Vorstand, den Vertrauensleuten, den Betriebs- und Arbeiterratsmitgliedern für ihre im Interesse der Arbeiterschaft geleistete mühevollte Arbeit. In kurzen Ausführungen kennzeichnete er die heutige, für die Arbeiterschaft gefährvolle Lage und ermahnte die Anwesenden zum Einsatz aller Kräfte für den Verband. Mit erneuter Energie und Ausdauer muß die Werbearbeit aufgenommen und durchgeführt werden. In der Gewerkschaft liegen die Wurzeln der Kraft des Arbeiterstandes. Das wissen auch die Gegner, und deshalb sind die Gewerkschaften auch so verhaßt.

Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des gesamten Vorstandes und der einzelnen Delegierten. Als Jugendobmann wurde der Kollege Josef Jansen gewählt. Mit Recht wurde betont, daß es nach Fahnenflucht aussehen würde, wolle man heute beiseite treten. Mit zähem Mut arbeiten wir an der Gestaltung einer freundlicheren Zukunft.

Bonn. In unserer Generalversammlung am 12. Februar erstattete Kollege Blankenheim einen umfangreichen Jahresbericht. Aus demselben war zu entnehmen, daß die Vertrags- und Lohnpolitik der Bonner Arbeitgeber schon ein reges Verbandsleben bedingt. Kein Mittel hatten die Arbeitgeber während des ganzen Jahres unverjüht gelassen, um den Lohn auf einen Tiefstand zu bringen, der sozial und wirtschaftlich unhaltbar ist. Besonders nachteilig wirkt sich die Rationalisierung aus, die immer mehr Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis verdrängt. Trotzdem stehen die Kollegen treu zur Organisation, weil sie erkennen, daß nur die Selbsthilfe helfen kann.

Kollege Langela erstattete hierauf den Kassenbericht. Erhebliche Zuschüsse seitens der Zentrale waren notwendig, um die Unterstützungen auszahlen zu können. Er ermahnte besonders die jungen Kollegen, allen Schwierigkeiten zum Trotz tatkräftig an der Stärkung unserer Bewegung mitzuarbeiten. Den Berichten folgte eine rege Aussprache, in der die Arbeit von Vorstand und Vertrauensleuten anerkannt wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Bei der Vorstandswahl zeigte sich, daß das Vertrauen aller Mitglieder dem bisherigen Vorstand auch weiterhin entgegengebracht wurde, so daß dessen Wiederwahl einstimmig erfolgte. Kollege Blankenheim dankte für dieses Vertrauen und versprach, auch in diesem Jahre alle Kraft für den Aufstieg der Zahlstelle einzusetzen. Kollege Ulte sprach allen Mitarbeitern den Dank der Verwaltung aus, und forderte die Kollegen auf, gerade jetzt durch Werbung neuer Mitglieder unseren Verband zu stärken, um feindlichen Kräften mutig die Stirne bieten zu können. Die Arbeitgeber glauben wieder Oberwasser zu haben und die Gewerkschaften nicht mehr fürchten zu müssen. Da sie jetzt neuerdings auch noch politisch im Staate verstärkt zur Geltung gekommen sind, können wir mit allerhöchsten Angriffen rechnen.

Ein Appell an alle Kollegen, in diesem Jahre rege Werbearbeit zu leisten, und nicht wegen Kleinigkeiten unserem großen Ziele untreu zu werden, beschloß die Versammlung.

Wiedenbrück und Rheda. Die Möbelfabrikanten im Kreise Wiedenbrück sind sehr selbstbewußte Leute und von ihrer eigenen Bedeutung durchaus überzeugt. Sie behaupten, daß die Holzarbeiter für

die Maßnahmen der Arbeitgeber volles Verständnis haben, und reden davon, daß dieselben durchaus zufrieden seien mit ihrem Los. Wer das nicht glaubt, und das tun vor allem die Gewerkschaften nicht, der ist ein „Heizer“ und versucht den „harmonischen Frieden“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu stören. Von dieser Auffassung ausgehend versuchen die Arbeitgeber alle Lohnfragen betrieblich zu diktieren, wenn das Entgegenkommen besonders groß ist, mit der Belegschaft — natürlich ohne Verbandsvertretung — zu regeln. Gewerkschaftsvertreter will man nicht dabei haben, aus sehr nachteiligen Gründen. Man will keinen Gegenspieler haben, der unabhängig vom Arbeitgeber ist, denn dann könnte mancher Arbeitgeber unangenehme Wahrheiten erfahren, auf die er im Interesse seines Ansehens bei der Belegschaft und nicht zuletzt auch im Geldbeutelinteresse verzichtet.

Anfang Februar haben die tariffeindlichen Möbelfabrikanten des Kreises Wiedenbrück beschlossen, wieder einmal den Stundenlohn um 5 Pfg. in der Spitze abzubauen, trotzdem sie schon seit langem den Tariflohn der für sie geltenden Ortsklasse nicht beachten. Die bisher immer wieder vorgebrachten „Gründe“ für Lohnabbaumaßnahmen, nämlich die Konkurrenz totzuschlagen, hörte man diesmal nicht. Aber um „andere Gründe“ ist man nicht verlegen. Jetzt heißt es, die Gewerkschaften hätten in früheren Jahren den Lohn unverhältnismäßig hoch getrieben. Deshalb käme jetzt die Gegenwirkung, also die Rache. Die Bestätigung von gegnerischer Seite, daß wir gut und erfolgreich die Interessen der Arbeiterschaft vertreten haben, freut uns, wenn wir auch gleichzeitig bedauern, daß mit solchen Rachegefühlen immer wieder neue Beunruhigung ins Gewerbe hineingetragen und verewigt wird.

Wie sehr es an stichhaltigen Gründen für den Lohnabbau mangelt, zeigt beispielsweise ein Anschlag eines Wiedenbrücker Möbelfabrikanten. Selbiger hatte den den Lohnabzug ankündigenden Anschlag so formuliert, als wenn der in Rede stehende Abzug auf Grund einer tariflichen Vereinbarung mit unserem Verbands zustande gekommen wäre. Natürlich glaubte ihm kein Mensch, aber der gute Mann hatte scheinbar doch mit der Möglichkeit gerechnet, es gäbe immer noch Dumme, die auf einen solchen Trick hereinfallen. Damit wäre dann neben der Abwälzung der Verantwortung gleichzeitig auch den verhassten Gewerkschaften eins ausgewischt worden. Die Arbeitgeberabsicht wurde im letzteren Falle jedoch ins Gegenteil verkehrt. Das Vertrauen zum Verband wächst.

In Rheda ging die Durchsetzung des Diktates allerdings nicht so leicht. Dort war die Belegschaft der betreffenden Firma auf dem Posten. Im Oktober verfloßenen Jahres machte die Belegschaft durch einmütige Willenskundgebungen die Anwendung der Papenschen Lohnkürzungsbestimmungen unmöglich. Auch jetzt fand sich die Belegschaft wieder zusammen. Von der „Zufriedenheit“ der Belegschaft war nichts zu bemerken, wohl aber eine gewaltige Erbitterung, die zu einem Streikbeschlusse führte. Es war auch nicht so, wie der Arbeitgeber meinte und wünschte, daß die Einstellung der Firma den Verband überflüssig mache, sondern es wurde unter dem Beifall der Versammlungen festgestellt, daß der Verband niemals so notwendig sei als heute. Einigkeit und Geschlossenheit bewiesen, daß auch heute noch eine starke Gegenwehr der Arbeiter Erfolg erzielen kann. Ein Lohnabbau von 3 Pfg. wurde aufgehoben.

Die Tatsache, daß viele Holzarbeiter glaubten, der Verband sei irgendein Gebilde, das fertige Tarifverträge vom Himmel schneide ließe und automatisch für ihre Durchsetzung in den Betrieben sorgen würde, hat durch das Verhalten der Arbeitgeber einen gewaltigen Stoß erlitten. Endlich leuchtet es auch dem letzten Arbeiter ein, daß nur durch tätige Mitarbeit in der geschlossenen Gemeinschaft das Recht zum Leben gewahrt werden kann. Wäre diese Auffassung früher vorhanden gewesen, wir hätten längst nicht die Lohn-diktaturmaßnahmen erlebt, die jeder Kollege beklagt hat, und die immer wieder als Unrecht empfunden werden. Sorgen wir jetzt dafür, daß Fehler der Vergangenheit ausgemerzt und für immer vermieden werden. Dann bringt auch das Beitragsopfer für jeden ersichtlich Wucherzinsen.

Intarsien aller Art Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken. c. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die vierteljährliche Wiltmeierzeile 30 Pfennig. Stellengeluche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telefonruf West 515 43. — Reaktionschluss ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.